

Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit

Unterschiede im Grundwerteverständnis von CDU und SPD

Das Grundsatzprogramm der CDU
und der Orientierungsrahmen '85 der SPD im Vergleich

Die Diskussion um die Änderungen des Ehe- und Familienrechts, des Abtreibungsstrafrechts sowie der Bildungs- und Schulpolitik haben für viele Menschen die Frage nach den Grundwerten von Staat und Gesellschaft neu aufgeworfen. Ölschock, Wachstumskriege und Umweltproblematik haben die Grenzen materieller Wohlstandshoffnungen offenbart, nach tiefergehenden, umfassenderen Sinnorientierungen fragen lassen. Neue Technologien und Bürokratien provozieren die Frage nach der Humanität unserer Lebensverhältnisse.

Die Parteien müssen Antwort geben. Verweise auf vergangene Leistungen reichen nicht aus. Deshalb genügt es nicht, daran zu erinnern, daß die CDU auf dem festen Fundament eines christlich geprägten Bildes vom Menschen und seiner Wertordnung gegründet wurde und handelte. Denn Grundsätze sind kein Bankkonto. Sie werfen nicht automatisch politische Zinsen ab. Sie bleiben nur dann politisch lebendig, wenn sie angesichts neuer Herausforderungen neu erarbeitet werden.

Diese Leistung hat die CDU mit ihrem Grundsatzprogramm erbracht. Es ist das Dokument einer grundlegenden geistigen Erneuerung der CDU in der Opposition. In ihm beschreibt die CDU die freiheitliche Alternative zum Sozialismus.

Gleiche Werte – ungleiches Verständnis

CDU wie auch SPD nennen in ihren Programmen dieselben politischen Grundwerte: Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit. Denn diese drei Werte sind die gemeinsamen Grundwerte des europäischen Denkens. Sie sind gemeinsames Erbe aller demokratischen Parteien. Mit ihrem Bekenntnis zu diesen Werten im Grundsatz-

programm leistet die CDU einen Beitrag zur Bewahrung des geistig-politischen Erbes Europas. Sie fördert dadurch zugleich die notwendige Gemeinsamkeit der demokratischen Parteien.

Aber die Übereinstimmung in der Nennung der Grundwerte signalisiert nur scheinbar eine Übereinstimmung auch in ihrem Verständnis und in den politischen Grundaussagen.

Ein Vergleich des Grundsatzprogramms der CDU und des Orientierungsrahmens '85 der SPD macht tiefe Gegensätze sichtbar. Er zeigt darüber hinaus, wie dünn die Decke der Grundwertebestimmung durch die SPD ist und wie wenig Substanz hinter ihrem Anspruch einer grundwerteorientierten Politik steckt. Denn die SPD begnügt sich weitgehend mit einem unverbindlich gesinnungshaften Bekenntnis zu den Grundwerten. Das Bekenntnis allein kann jedoch eine Begründung nicht ersetzen. Demgegenüber unternimmt es die CDU mit dem Grundsatzprogramm zum ersten Mal in der deutschen Parteiengeschichte, die Grundwerte und ihr Verhältnis zueinander konkret zu beschreiben.

Freiheit

Für die SPD ist Freiheit in erster Linie „das Freisein von entwürdigenden Abhängigkeiten“. Richtig ist: wer in Abhängigkeit gehalten wird, ist nicht frei. Aber Befreiung aus Abhängigkeiten ist nur ein Teil der Freiheit. Deshalb sagt das Grundsatzprogramm der CDU: „Es gibt Abhängigkeiten, die den Menschen erniedrigen. Aber es gibt auch Bindungen, in denen Freiheit sich erst entfaltet.“

Das allein von Abhängigkeiten befreende Emanzipationsideal der SPD bedeutet eine Selbstüberhöhung des Menschen, bewirkt aber seine Vereinzelung und deshalb gesteigerte Abhängigkeit von der Gesellschaft.

„Freiheit als Ergebnis gesellschaftlicher Leistung“ (Brandt) ist der Fixpunkt sozialistischer Politik. Die Verantwortung des einzelnen für die Verwirklichung von Freiheit, seine Leistung, Selbsthilfe und Pflicht im Streben nach Freiheit bleiben ausgeblendet zugunsten von Ansprüchen und Rechten auf öffentliche Leistungen, deren freiheitssteigernde Wirkung von der SPD unbefragt vorausgesetzt wird. Daß dahinter aber der Aufbau einer neuen Fremdbestimmung durch die anonyme Gesellschaft steht, wird verdrängt.

Weil ein bindungsloser Mensch ein in der Masse isolierter, politisch leicht handhabbarer, damit unfreier Mensch wäre, betont das Grundsatzprogramm der CDU den untrennbar Zusammenhang von Freiheit und Verantwortung, hebt hervor, daß Freiheit Rechte und Pflichten umfaßt, Leistung und die Bereitschaft voraussetzt, die Freiheit nach innen und außen zu schützen.

„Nur wer frei ist, kann Verantwortung tragen, und nur wer verantwortlich handelt, behält die Chance der Freiheit.“ Erst dieses ausgewogene Freiheitsver-

ständnis, das den Mitmenschen und die Gemeinschaft einbezieht, eröffnet Freiheit, ist geeignet, Freiheit jenseits von schrankenlosem Individualismus und anonymem Kollektivismus zu verwirklichen.

Solidarität

Solidarität ist im Verständnis der SPD vorwiegend eine „Waffe im sozialen Kampf“ all derer, die gemeinsam gegen Abhängigkeiten und Benachteiligungen zu kämpfen haben“. Der Solidaritätsbegriff — inhaltlich „aus der Geschichte der Arbeiterbewegung und des demokratischen Sozialismus“ abgeleitet — meint zunächst und in erster Linie eine „Klassensolidarität der Arbeitnehmer“ (von Oertzen). Der Orientierungsrahmen verneint, daß es „zwischen Reichen und Armen, Mächtigen und Machtlosen, Wissenden und Unmündigen wirkliche Solidarität geben“ kann. Das zu glauben, wird als „der Irrtum des Konservativismus“ bezeichnet. So verstanden ist Solidarität eine Solidarität der Fronten im gesellschaftlichen Grabenkampf. Wer auf welche Seite gehört, entscheidet das jeweilig vertretene Interesse und dessen ideologisch bestimmte Einordnung durch die SPD. Das Grundsatzprogramm umreißt klar die Alternative: Solidarität zielt auf die Fähigkeit, auch bei widerstreitenden Interessen und ungleicher Macht für einander verantwortlich zu sein und das Wohl des Ganzen zu wahren. Selbstverständlich ist, daß es eine Solidarität in und von Gruppen geben muß. Wer Mitglied einer Partei ist, weiß dies. Aber das allein genügt nicht.

Für die CDU bedeutet Solidarität mehr „als die Kampfgemeinschaft derer, die ein gemeinsames Interesse gegen andere vertreten“. Die zwischenmenschliche Bedeutung der Solidarität geht über Interessengegensätze und Gruppen hinaus. Auch da, wo Interessen und Ziele einander widersprechen, ist Solidarität als Grundlage menschenwürdigen freien Zusammenlebens unverzichtbar.

Denn: „Solidarität verbindet die Menschen untereinander und ist Grundlage jeder Gemeinschaft. Sie ist Ausdruck der sozialen Natur des Menschen.“ Für die CDU ist das Wesen von Politik demnach maßgeblich von dem Streben bestimmt, Solidarität zwischen Ungleichen, zwischen Mehrheiten und Minderheiten, Kranken und Gesunden, Jungen und Alten, Reichen und Armen, Organisierten und Nichtorganisierten, Habenden und Bedürftigen zu fordern und zu ermöglichen, Partnerschaft auf der Grundlage unterschiedlicher individueller und gesellschaftlicher Voraussetzungen — das ist die Leitidee, mit der sich die CDU inhaltlich scharf vom Solidaritätsverständnis der SPD unterscheidet.

Gerechtigkeit

Die Gerechtigkeit soll aus der Sicht der SPD die Freiheit durch gleiche Rechte und gleichwertige Lebenschancen in der Gesellschaft verwirklichen. Ergänzende

Deutungen dieser Aussage durch führende Vertreter der Partei lassen unschwer erkennen, daß die SPD ihr Verständnis von Gerechtigkeit weitgehend auf das Ideal gesellschaftlicher Gleichheit ausrichtet: in einer Veröffentlichung von Mitarbeitern der Kommission Orientierungsrahmen wird festgestellt: „De facto wurde der Gerechtigkeitsbegriff weitgehend im Sinne einer Forderung nach Gleichheit uminterpretiert“, für den Parteivorsitzenden Brandt unterscheidet sich die Gleichheitsidee der SPD von der aller anderen Parteien „durch die Forderung nach Gleichheit der Lebenschancen“, der Vorsitzende der Kommission Orientierungsrahmen, v. Oertzen, ergänzt diese Feststellung mit der Aussage, daß es der SPD nicht nur um „formale Rechtsgleichheit oder Gleichheit der Startchancen für jeden Menschen“ gehe, sondern um „die wirkliche gesellschaftliche Gleichheit der Lebenschancen“.

Die Gleichheit der Menschen in ihrer Würde und vor dem Recht ist auch für die CDU ein Kernpunkt von Gerechtigkeit. Ebenso die Gewährleistung von Chancengerechtigkeit, die das Recht eines jeden bedeutet, „sich in gleicher Freiheit so unterschiedlich zu entfalten, wie es der persönlichen Eigenart des einzelnen entspricht“.

Weil aber die Menschen verschieden sind, führt Chancengerechtigkeit notwendig zu ungleichen Ergebnissen. Chancengerechtigkeit ist nur dann ein erfüllbares und humanes Versprechen, wenn die Bereitschaft vorhanden ist, diese Unterschiedlichkeit der Ergebnisse zu ertragen. Gerechtigkeit verlangt „Gleiches gleich und Ungleiches ungleich zu behandeln“.

Verhältnis der Grundwerte zueinander

CDU und SPD gehen davon aus, daß die Grundwerte einander bedingen, sich gegenseitig erfordern und begrenzen (CDU) bzw. daß ein notwendiger Zusammenhang der drei Grundwerte besteht (SPD). Während aber die SPD von einer generellen Gleichrangigkeit dieser Werte ausgeht, erfolgt die Zuordnung des Verhältnisses der Grundwerte zueinander bei der CDU ausgewogener und weniger starr: „Entsprechend den sich wandelnden Herausforderungen stehen wir immer von neuem vor der Aufgabe, das Verhältnis der Grundwerte zueinander so zu gestalten, daß sie zusammen ihre Wirkung entfalten.“ Ohne die prinzipielle Bedeutung jedes einzelnen Grundwertes aus den Augen zu verlieren, sichert sich die CDU damit die im Interesse der Gemeinschaft notwendige Beweglichkeit, auf die immer neuen Herausforderungen der Zeit angemessene Antworten zu geben. Das zeigt zugleich: nicht das Bekenntnis zu den Grundwerten, vielmehr „ihre Gewichtung untereinander richtig zu gestalten, ist Kern der politischen Auseinandersetzung“.

Verständnis vom Menschen

Wie ist zu erklären, daß CDU und SPD unter Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit so Unterschiedliches, ja oft Gegensätzliches verstehen? Die Wurzeln dieser Differenzen liegen in dem unterschiedlichen Verständnis vom Menschen und seinem Verhältnis zur Gesellschaft.

■ Politisches Endziel der SPD ist die sozialistische, aus ihrer Sicht „neue und bessere Ordnung der Gesellschaft“, in der „die Widersprüche in den gesellschaftlichen Lebensverhältnissen“, damit die „Vorrechte der herrschenden Klassen“ aufgehoben sind. Die bestehende Ordnung ist für die SPD „durch den Widerspruch gekennzeichnet zwischen dem, was den Menschen wirtschaftlich, sozial, politisch und geistig möglich wäre und dem, was sie aus diesen Möglichkeiten machen“. Die Ursachen dieses Widerspruchs liegen in den gegebenen „gesellschaftlichen Lebensverhältnissen“, die — so die SPD — „sich gegenüber den Menschen verselbständigt haben“. Diese „Fremdbestimmung“ und mit ihr das bestehende „System“ zu überwinden — darin sieht sie die Erfüllung ihrer „geschichtlichen Aufgabe“.

Dieser Ansatz von Politik ist weder neu noch originell; er ist deckungsgleich mit der Gesellschaftsanalyse im Kommunistischen Manifest von Marx und Engels. Auf dieser marxistischen These ist der gesamte Orientierungsrahmen aufgebaut, sie ist seine „zentrale Aussage“ und für die SPD die „Idee des Sozialismus“ schlechthin. In ihrer Folge wird Freiheit zur Befreiung, Solidarität zur Klassenolidarität, Gerechtigkeit zur Gleichheit.

Die SPD macht damit die Verwirklichung der Grundwerte von der sozialistischen Umwälzung unserer Gesellschaft abhängig. Auch das demonstriert die beherrschende Bedeutung des marxistischen Denkansatzes in der SPD und widerlegt zugleich ihre Behauptung, daß eine Entscheidung für den Sozialismus aus verschiedenen Denk- und Glaubensrichtungen begründet werden kann.

■ Wurzel und ethisch-geistiger Hintergrund der Grundwertebeschreibung durch die CDU ist ein christlich geprägtes, personales Verständnis vom Menschen. Aus ihm folgen zwei, die CDU grundsätzlich vom ideologischen Anspruch der SPD abgrenzende Erkenntnisse: Zum einen, daß die Vollendung des Menschen sowie die Erfüllung einer innerweltlichen Heilserwartung durch Geschichte und Gesellschaft nicht möglich sind. Denn:

„Der Mensch verdankt (die Möglichkeit zur freien Selbstbestimmung) weder sich selbst noch der Gesellschaft. Er ist nicht das letzte Maß aller Dinge. Seinem Bedürfnis, sich und der Welt einen letzten Sinn zu geben, kann er aus eigener Kraft nicht gerecht werden.“

Deshalb unterliegt sie nicht dem Zwang, Menschen und Gesellschaft einen letzten Sinn zu geben, ihnen durch das Verkünden einer herrschafts- und widerspruchs-

freien Gesellschaft ein diesseitiges Heil zu versprechen. Zum anderen, daß nie die anonyme Gesellschaft bzw. sogenannte „gesellschaftliche Lebensverhältnisse“ für Leistungen und Fehlleistungen verantwortlich sind, sondern die Menschen, die in dieser Gesellschaft leben, die für sich und die Mitmenschen eine konkrete, zu-rechenbare Verantwortung tragen. Freiheit und Verantwortung gehören daher für die CDU zusammen.

Die Möglichkeit zur Freiheit hat der Mensch nicht von sich aus. Sie umfaßt Rechte und Pflichten. Politik hat die Aufgabe, diese Freiheit zu schützen, die äußereren Bedingungen zu schaffen, damit sich der Mensch, so wie er ist, frei und in Solidarität zu seinen Mitmenschen entfalten kann.

Politik hat also kein Recht, einen neuen Menschen zu schaffen, die Menschen einer Ideologie anzupassen, um so sicherzustellen, daß sie im Sinne etwa eines sozialistischen Gesellschaftsmodells funktionieren. Das zwingt dazu, Grenzen der Politik anzuerkennen. Die CDU sieht darin eine wesentliche Voraussetzung personaler Freiheit, zwischenmenschlicher Solidarität und Entfaltung ermöglicher Gerechtigkeit.

Unterschiede in den politischen Leitlinien

Die Differenzen in den Grundsätzen zwischen CDU und SPD führen zwangsläufig auch zu verschiedenen Antworten auf die politischen Grundfragen. Das veranschaulichen die Leitgedanken beider Parteien in den zentralen Bereichen der Politik.

Entfaltung der Person

Familienpolitik

Bezeichnend ist, daß die Familienpolitik bei der SPD am Ende ihres Orientierungsrahmens steht, das Grundsatzprogramm sich dagegen unmittelbar nach der Darstellung des Grundwerteverständnisses mit diesem zentralen Bereich der Entfaltung des Menschen befaßt.

Die dürftigen Ausführungen der SPD zum Thema Familie unterstreichen zusätzlich die untergeordnete Bedeutung der Familienpolitik für die SPD. Vorrang hat die Gesellschaft und die Frage, wie die Familie von Aufgaben „entlastet“ werden kann, „die kooperativ oder öffentlich besser erfüllt werden können“.

Deshalb wird die Verwirklichung von Freiheit und Emanzipation der Frau hauptsächlich in ihrer Berufstätigkeit gesehen. Das zeigt erneut, wie unmittelbar die SPD ihr Menschenbild auf die Arbeitnehmerrolle zurückführt. Für die SPD ist der Mensch durch seinen Arbeitsvertrag definiert.

Für die CDU gibt es zur Ehe und Familie keine Alternative. „Weder der Staat noch andere gesellschaftliche Lebensformen können sie ersetzen.“

Deshalb will die CDU die Familie fördern und stärken, sie vor unbegründeten Eingriffen von Staat und Gesellschaft schützen und ihr helfen, ihr Zusammenleben in eigener Verantwortung und in Freiheit zu gestalten. Leitbild der Familienpolitik der CDU ist die Partnerschaft in der Famlie. „Partnerschaft in der Ehe bedeutet, daß Mann und Frau sich gegenseitig in ihrem Eigenwert anerkennen, füreinander verantwortlich sind und ihre Aufgaben in Familie, Beruf, Gesellschaft und Freizeit gleichberechtigt vereinbaren. Als Eltern tragen sie gemeinsam und in gleichem Maße die Verantwortung für ihre Kinder.“

Bildungspolitik

Die SPD will Bildungsziele und Bildungssysteme durchgängig ihren gesellschaftsverändernden Absichten anpassen.

Hier offenbart sich ihr einseitiges Grundwerteverständnis am deutlichsten. Für die SPD geht es in erster Linie darum, „gesellschaftliches Bewußtsein“ zu schärfen, die „Notwendigkeit und Möglichkeit der Veränderung unserer Gesellschaft einsichtig“ zu machen.

Dem dient eine „bewußt soziale Erziehung“, die allein „solidarisches Verhalten und nicht auf Zwang beruhende Autorität neu entstehen“ lassen kann. Diese Ziele erklären das Eintreten der SPD für die Verstaatlichung des beruflichen Bildungswesens und die Schaffung eines integrierten Gesamtschulsystems. Beides soll dazu beitragen, dem erstrebten Gleichheitsideal auf dem Schleichweg über die Organisation des Bildungswesens näherzukommen.

Dem setzt das Grundsatzprogramm eine dem Grundwerteverständnis der CDU entsprechende, klare und ausgewogene Alternative entgegen.

Bildung darf nicht durch einseitige Erziehung zu „kritischem Bewußtsein“ zum Instrument sozialistischer Gleichheitspolitik werden. Sie soll vielmehr dem Menschen helfen, sein Leben und seine Umwelt selbst und verantwortlich zu gestalten, ihn in die Lage versetzen, der Vereinzelung wie der Kollektivierung zu entgehen.

Chancengerechtigkeit in der Bildungspolitik bedeutet für die CDU daher ein Bildungswesen, das in gleichwertige Bildungswege gegliedert ist. Das setzt u. a. die Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung sowie ein ausreichendes Angebot an Ausbildungs- und Arbeitsplätzen voraus, damit der Jugendliche sich und seine Fähigkeiten entfalten kann. Erziehung muß aber darüber hinaus den jungen Menschen befähigen, „Toleranz und Mitmenschlichkeit zu üben und den demokratischen und sozialen Rechtsstaat zu bejahren“.

Soziale Marktwirtschaft

Das Grundsatzprogramm der CDU lehnt staatliche Wirtschaftsplanung und -lenkung entschieden ab; denn eine zentral gelenkte Verwaltungswirtschaft verhindert Selbstentfaltung. Die CDU setzt dem sozialistischen Systementwurf das Ordnungskonzept der Sozialen Marktwirtschaft entgegen. Erstmals werden in einem politischen Programm die wirtschaftlichen und sozialen Ordnungselemente der Sozialen Marktwirtschaft umfassend dargestellt und zueinander in Beziehung gesetzt. Damit wird die Einheitlichkeit der Prinzipien für Wirtschafts- und Sozialpolitik im Konzept der Sozialen Marktwirtschaft hervorgehoben und der Forderung nach einer Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik Nachdruck verliehen.

„Die Soziale Marktwirtschaft ist ein wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Programm für alle. Ihre Grundlagen sind:

- Leistung und soziale Gerechtigkeit
- Wettbewerb und Solidarität
- Eigenverantwortung und soziale Sicherung.“

Das Grundsatzprogramm beschreibt als grundlegende Elemente einer marktwirtschaftlichen Ordnung:

- „Wettbewerb und persönliches, sozialverpflichtetes Eigentum;
- dezentrale Steuerung durch Märkte und Tarifautonomie;
- Machtkontrolle durch Gewaltenteilung und staatliche Aufsicht;
- Freiheit der Verbraucher, Unternehmen und des Berufes;
- Selbständigkeit und Risikobereitschaft;
- Freiheitssicherung durch das Angebot von Alternativen und die Teilhabe des einzelnen am wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Fortschritt.“

Diese Prinzipien sind auch Prinzipien einer freiheitlichen Demokratie. Entsprechend stellt das Grundsatzprogramm fest: „Dem Bekenntnis zur Demokratie als Organisationsform des Staates entspricht das Bekenntnis zum Markt als Organisationsform der Wirtschaft.“

Die Prinzipien der Sozialpolitik folgen aus den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft. Diese erfordert eine wirtschaftliche und eine soziale Ordnungspolitik. „Soziale Ordnungspolitik verwirklicht die Grundwerte in der Sozialpolitik.“ Sie folgt dem Gebot der Subsidiarität. Ihre grundlegenden Elemente sind:

- „sozialer Ausgleich und Bedarfsgerechtigkeit;
- Hilfe zur Selbsthilfe und private Initiative;
- Leistungsgerechtigkeit und Versicherungspflicht;
- Dezentralisierung und Selbstverwaltung;
- Tarifautonomie und Minderheitenschutz;

- vorbeugende und produktive Sozialpolitik;
- Wahlfreiheit und Gleichwertigkeit der elementaren Lebensbedingungen;
- Generationenvertrag und Gleichberechtigung von Mann und Frau.“

Wirtschaftliche und soziale Ordnung, Wirtschafts- und Sozialpolitik sind für die CDU eine untrennbare Einheit. „Eine Wirtschaftspolitik ohne soziale Gerechtigkeit verfehlt den sozialen Frieden und muß zu volkswirtschaftlichen Verlusten führen. Eine Sozialpolitik ohne Rücksicht auf wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und wirtschaftliches Wachstum beraubt sich selbst ihrer Einnahmequellen.“

Diesen elementaren Zusammenhang leugnen die Programme der SPD. Der Politik der SPD fehlt die ordnungspolitische Grundlage. Die SPD-Politik hat in den vergangenen Jahren versucht, sich über die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft hinwegzusetzen. Versagt hat deshalb nicht die marktwirtschaftliche Ordnung, sondern die Politik.

Die Soziale Marktwirtschaft hat sich schon unter schwierigeren Bedingungen bewährt: Wiederaufbau, Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und ein hohes Maß an sozialer Sicherheit wurden mit ihr gleichzeitig verwirklicht. Auch die Soziale Marktwirtschaft kann verbessert werden. Wer sie aber beseitigen will, beseitigt mit ihr Freiheit und soziale Gerechtigkeit.

Der Staat

Im Verständnis der SPD ist der Staat eine interessensabhängige Instanz, ein Interessenstaat, der weitgehend als Beute der ökonomisch und gesellschaftlich Mächtigen aufgefaßt wird. Aus dieser Behauptung leitet die SPD für sich das Recht ab, Staat und staatliche Mittel ebenso für die eigenen parteilichen Ziele einzusetzen, wie sie das anderen unterstellt. Die angeblich staatsbeherrschend Mächtigen sind im Orientierungsrahmen deutlich erkennbar gemacht: Es ist die „privatwirtschaftliche Macht“, es sind „finanzkräftige konservative Interessengruppen“, „die führenden Männer der Großwirtschaft“, kurz „konservative und reaktionäre Kräfte“. Die SPD will deshalb die „Unabhängigkeit des Staates“ von diesen Interessengruppen erstreiten, die „Gegenmacht der Gewerkschaften gegenüber der Kapitalseite sichern und den Handlungsspielraum des Staates gegenüber der privaten Wirtschaftsmacht erweitern“. Investitionslenkung und staatliche Wirtschaftsplanung sind dazu die Mittel. Zusätzlich will die SPD zu einer „neuen kooperativen Aufgabenverteilung“ zwischen Staat und gesellschaftlichen Gruppen gelangen. Sie leistet damit der Aushöhlung staatlicher, d. h. allgemein demokratisch begründeter Machtausübung Vorschub, öffnet die Schleusen für die Vergesellschaftung des Staates und der privaten Lebenssachverhalte und läßt so den Staat tatsächlich und endgültig zur Beute von Interessengruppen werden.

Das Grundsatzprogramm der CDU beschreibt Rechtsstaat, Demokratie und Sozialstaat als die Ordnungen, in denen der Staat Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sichern und verwirklichen hilft. Im Gegensatz zur SPD ist der Staat für die CDU kein Instrument zur Durchsetzung gruppenegoistischer oder parteiischer Ziele.

Seine Aufgabe ist es vielmehr, das Wohl des einzelnen Bürgers und der Gemeinschaft zu fördern. Ein sozialistisch demokratisierter, vergesellschafteter Staat wäre dazu nicht fähig. Er wäre einer unkontrollierbaren und letztlich unverantwortlichen Minderheit derer ausgeliefert, die politisch und gesellschaftlich das Sagen haben.

Nur ein Rechtsstaat, der die „Herrschaft des Staates und das Zusammenleben der Bürger durch Rechtsnormen ordnet, die gerecht sind und auf die Verlaß ist“, kann die Freiheit der Bürger gewährleisten, sie vor der Allmacht des Staates wie vor gesellschaftlicher und politischer Willkür schützen. Rechtsstaat und Sozialstaat ergänzen sich. Dabei besteht der Sinn des Sozialstaates nicht darin, „den Bürgern die Verantwortung für ihr Leben abzunehmen, sondern ihnen die Voraussetzungen selbstverantwortlicher Lebensführung zu sichern“.

Deutschland in der Welt

Oft redet Schweigen Bände. Der Orientierungsrahmen der SPD übergeht die Deutschlandpolitik. Die deutsche Frage wird nur in einem Satz, die Probleme des Status und der Lebensfähigkeit Berlins überhaupt nicht erwähnt.

Die europapolitischen Überlegungen beschränken sich auf die Forderung nach einem sozialistischen Europa. Die Außenpolitik hat für die SPD augenscheinlich eine nur außenwirtschaftliche Bedeutung. Aussagen und ein Bekenntnis zur Atlantischen Allianz sind ebensowenig auffindbar wie programmatische Gedanken zur Sicherheitspolitik. Der Orientierungsrahmen begnügt sich damit, ein allgemeines und unbestreitbares Bekenntnis zu einem dauerhaften und gesicherten Frieden und zu einem „System internationaler Sicherheit und Zusammenarbeit“ abzulegen. Die fortdauernde ideologische Auseinandersetzung zwischen Ost und West, ihre Auswirkungen auf unser Land und das geteilte Europa sind für den Orientierungsrahmen nicht existent.

Statt dessen wird das verschwenderische Wettrüsten beklagt, ohne dabei auf die treibende Rolle der kommunistischen Staaten und den dadurch für die freie Welt verursachten Zwang zur Stärkung ihrer Verteidigungskraft hinzuweisen. Im Abwägen ordnungspolitischer Alternativen stellt die SPD die totalitären kommunistischen Systeme auf eine Stufe mit den freiheitlichen Ordnungen. Sie entzieht sich so einem Bekenntnis zur Gemeinschaft des freien Westens,

unterstellt, daß kommunistische Systeme und der angebliche Kapitalismus von gleicher, ablehnenswerter Qualität seien.

Dagegen schließt das Grundsatzprogramm der CDU mit dem deutschland- und außenpolitischen Teil. Darin kommt die besondere Bedeutung zum Ausdruck, welche die CDU diesem Themenbereich gibt. Der Entwurf legt ein klares Bekenntnis zur Partnerschaft der freien Völker und zu den gemeinsamen Werten und Zielen ab, auf denen diese Partnerschaft beruht. Er nimmt ausführlich zu den Grundfragen der Außenpolitik Stellung, gibt konkrete Antworten zur Politik der CDU in den Bereichen Deutschlandpolitik, Europapolitik, Sicherheitspolitik, Ostpolitik und macht präzise Aussagen zu unserer weltweiten Verantwortung. Frieden ist Bedingung für das Überleben und die freie Entfaltung von Menschen und Nationen. Deshalb ist für die CDU der Wille zum Frieden „Grundlage unserer Deutschland- und Außenpolitik“. Der Frieden hängt zunehmend auch davon ab, ob es gelingt, Not und Gefahren im weltweiten Maßstab zu bannen. Das verpflichtet die Bundesrepublik zur internationalen Mitverantwortung gleichermaßen auf der Grundlage unserer Interessen wie unserer ethischen Prinzipien.

Europa ist für die CDU kein Unterfall der Entspannungspolitik, wie dies für die SPD der Fall ist. Die Einigung Europas auf der Grundlage einer freiheitlich-demokratischen Ordnung hat für die CDU Vorrang. In der Deutschlandpolitik hält die CDU am Ziel der Freiheit und freien Selbstbestimmung für das deutsche Volk fest: „In Frieden wollen wir die Spaltung Europas und mit ihr die Teilung unseres Vaterlandes überwinden.“ Zur Ost- und Sicherheitspolitik stellt das Grundsatzprogramm fest, daß dem Frieden nicht durch die Verschleierung ideologischer und politischer Gegensätze oder die Aufgabe des Gleichgewichts der Kräfte gedient werden kann. Und es stellt mit aktueller Bedeutung fest: „Die Verteidigung unseres Landes ist Sache des ganzen Volkes.“

CDU in der geistigen Führung

Die führenden Vertreter der SPD haben längst erkannt: ihre sozialistischen Programme gehen am Willen und an den Wünschen der Bürger vorbei. Selbst Erhard Eppler räumt ein: „Was den Bürger sorgt, darüber steht im Orientierungsrahmen nichts drin.“

Das Grundsatzprogramm der CDU unterstreicht dagegen ihre Fähigkeit, der deutschen Politik wieder die erforderliche langfristige und zuverlässige Orientierung zu geben.

Mit dem Grundsatzprogramm hat die CDU einen großen Vorsprung in der Grundsatzdiskussion vor anderen Parteien erreicht.

Die CDU befindet sich mit beiden Kirchen in einem intensiven und fruchtbaren Dialog über die Grundwerte der Politik. Sie wird den vom Bundesvorstand des DGB vorgelegten Entwurf für ein Grundsatzprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes eingehend prüfen und mit den Gewerkschaften einen sachlichen Dialog führen. Dabei wird ein Vergleich der Programme zeigen, wo unsere Positionen übereinstimmen, wo es sachliche Differenzen gibt, die überwindbar sind, und wo unüberwindbare Unterschiede liegen.

Mit der Verabschiedung des Grundsatzprogramms hat die CDU die SPD herausgefordert, sich der prinzipiellen Debatte zu stellen. Der Ausgang dieser Debatte wird maßgeblich über den Weg mitentscheiden, den unser Staat und unsere Gesellschaft in Zukunft gehen werden; den Weg eines bürokratischen, kollektivistischen Sozialismus oder den Weg eines freien, gerechten und solidarischen Gemeinwesens, geprägt durch die Entfaltung und Mitverantwortung eines jeden Bürgers.